

### Arbeitsmarktinstrumente

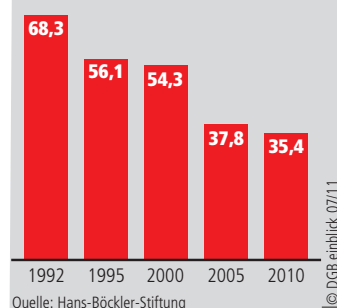
## DGB: Qualifizierung statt Streichkonzert

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) geht die Reform der Arbeitsmarktinstrumente an. Ende März stellte sie erste Eckpunkte koalitionsintern vor. Was von den Plänen bisher bekannt geworden ist, deutet vor allem darauf hin, dass auch die aktive Arbeitsmarktpolitik ihren Beitrag zu den Sparplänen der Bundesregierung leisten soll. Kürzungen von sieben Milliarden Euro muss das Budget des Arbeits- und Sozialministeriums nach den Plänen des Finanzministeriums bis 2014 verkraften. Und auch der Bundesagentur für Arbeit (BA) werden bereits neue finanzielle Lasten aufgebürdet (siehe Seite 2).

Klar ist: Die Zahl der Instrumente und Fördermaßnahmen soll von derzeit über 40 auf rund 30 sinken. Abgeschafft werden wohl unter anderem die ohnehin bereits deutlich zusammengestrichenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und der Ausbildungsbonus für Altbewerber und Auszubildende aus Insolvenzbetrieben. Beibehalten werden offenbar die

### Arbeitslosengeld immer seltener

Anteil der Arbeitslosen, die Arbeitslosengeld bezogen (in Prozent)



**Das Sicherungsniveau der Arbeitslosenversicherung ist deutlich zurückgegangen. Bezogen 1992 noch zwei Drittel der Arbeitslosen Arbeitslosengeld (heute Alg I), ist es heute nur noch ein Drittel.**

„Ein-Euro-Jobs“, obwohl selbst der Bundesrechnungshof diese Maßnahme mehrfach als ineffektiv kritisiert hatte und sie nachweisbar reguläre Beschäftigung verdrängt (einblick 10/2009).

Andere Förderleistungen der BA, wie der unbestritten recht erfolgreiche Existenzgründerzuschuss, könnten von Pflichtleis-

tungen zu „Ermessensleistungen“ werden: Die VermittlerInnen vor Ort sollen im Einzelfall entscheiden, ob die Leistungen gewährt werden – mit Blick auf die rigiden Sparvorgaben dürfte die Entscheidung künftig nicht selten negativ ausfallen.

Der DGB hält dieses Vorgehen für nicht nachhaltig. „Alle reden vom Fachkräftebedarf, da müssen wir investieren“, fordert DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Der Gewerkschaftsbund hat deshalb eigene umfassende Vorschläge für die Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vorgelegt. Ziel müsse sein, „unterwertige oder gar prekäre Beschäftigung“ zu vermeiden. „Die Arbeitsvermittlung darf Arbeitslose nicht in Billigjobs drängen und Arbeitsverhältnisse in Kauf nehmen, die die Qualifikationen der Arbeitssuchenden entwerten.“

Statt einer kurzfristigen Vermittlung in prekäre Beschäftigung setzt der DGB deshalb auf eine Weiterbildungsförderung für bisher vernachlässigte Beschäftigtengruppen und eine bessere Beratung zu bestehenden Qualifizierungsangeboten. Außerdem müsse bei gering Qualifizierten der Erwerb eines Schul- oder Berufsabschlusses im Vordergrund stehen, nicht die Vermittlung in prekäre Jobs ohne Perspektive. Für Langzeitarbeitslose, die kaum Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt haben, schlägt der DGB einen „Sozialen Arbeitsmarkt“ vor – mit öffentlich geförderten, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, beispielsweise bei Wohlfahrts- und Sozialverbänden. •

## plusminusBERLIN

**+ Bundespräsident Christian Wulff hat der Finanzbranche auf dem 19. Deutschen Bankentag deutliche Worte ins Stammbuch geschrieben: Die Gründe für die Finanzkrise seien noch nicht beseitigt. „Ohne einen grundlegenden Kurswechsel drohen neue Finanzkrisen“, so Wulff im Beisein der Kanzlerin.**

**- Es sei eine Frage der Glaubwürdigkeit, Positionen „nicht vorschnell aufzugeben oder je nach politischer Großwetterlage einzutauschen“, sagt Volker Wissing (FDP) – und meint die Steuersenkungsforderungen seiner Partei. Wie Wissing dann zum FDP-Atomswenken steht, bleibt sein Geheimnis.**

### Seite 3

#### Nichts gelernt

**Das Resümee der europäischen Gewerkschaften ist eindeutig: Mit dem Euro-Plus-Pakt zeigen die europäischen Regierungschefs, dass sie nichts aus der Krise gelernt haben**

### Seite 5

#### Campus entern

**Mit viel Engagement haben sich die Gewerkschaften in der Hochschularbeit etabliert – und gewinnen immer mehr Studierende als Mitglieder**

### Seite 7

#### Feldzug

**Ultra-Konservative und rechte Think Tanks wollen die US-Gewerkschaften zerschlagen – und fördern so ihre Wiederbelebung**



#### Der Surf-Tipp fürs Internet

[ehhttp://bit.ly/verdi10](http://bit.ly/verdi10)  
Themenportal: Zehn Jahre ver.di – 2001 bis 2011

#### Hintergrund

[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)  
DGB-Vorschläge zur Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

Leiharbeit

## Ländersache

Die IG Metall hat angekündigt, den politischen Druck zur Regulierung der Leiharbeit jetzt vorerst gegenüber den Bundesländern fortzusetzen. Ziel bleibe aber eine gesetzliche Regelung auf Bundesebene, die „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ durchsetzt.

Erste Vertreter von Landesregierungen haben bereits eigene Initiativen angekündigt, um Leiharbeit einzudämmen. Der thüringische Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) will sich im schwarz-rot regierten Freistaat dafür einsetzen, die Wirtschaftsförderung für Unternehmen mit einer Leiharbeitsquote von 15 Prozent zu kürzen und bei einem Leiharbeiteranteil von 30 Prozent ganz zu streichen. Ähnliche Signale gibt es laut IG Metall auch vom Berliner Wirtschaftsminister Harald Wolf (Die Linke).

BA - Finanzen

## Nicht realistisch

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) geht davon aus, dass die Bundesagentur für Arbeit (BA) ihre Schulden beim Bund bis 2015 abbauen kann. Sowohl Arbeitnehmer- als auch ArbeitgebervertreterInnen im BA-Verwaltungsrat halten das für unrealistisch. „Optimistische Prognosen sind ja schön und gut, aber sie müssen auch noch etwas mit der Wirklichkeit zu tun haben“, kommentierte DGB-Vorstandsmitglied und BA-Verwaltungsrats-Vize Annelie Buntenbach. Selbst bei günstiger Prognose würden die vorliegenden Zahlen zeigen, „dass wir im Jahr 2015 neun Milliarden Defizit bei der Bundesagentur haben“. Ein Grund: Die Bundesregierung will den Hartz-IV-Kompromiss des Vermittlungsausschusses unter anderem durch geringere Zahlungen an die BA gegenfinanzieren.

## Landtagswahlen vom 27. März: So haben GewerkschafterInnen gewählt

### Baden-Württemberg

Die SPD verliert bei den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen an Boden, bleibt aber in dieser Wählergruppe vorn. Diesen Trend der letzten Wahlen bestätigt auch die Landtagswahl in Baden-Württemberg vom 27. März. Zwar verliert die SPD gegenüber 2006 mit einem Minus von sieben Prozent bei den Gewerkschaftsmitgliedern überdurchschnittlich, sie erhält aber mit 34 Prozent immer noch mehr Stimmen als die anderen Parteien, gefolgt von der CDU (29 %) und den Grünen (23 %).

Anders als bei den letzten Wahlen kann im Ländle die Linke bei den GewerkschafterInnen nicht punkten – gegenüber 2006 verringert sich ihr Stimmenanteil sogar um einen Prozentpunkt. Gewinner sind auch hier die Grünen mit elf Prozentpunkten mehr als 2006: Vor allem von den gewerkschaftlich organisierten Frauen erhalten die Grünen mit einem Stimmenanteil von 30 Prozent viel Zuspruch – auch das ein Trend, der sich schon bei vielen Wahlen zeigte.

### Rheinland-Pfalz

Kurt Beck darf sich freuen – mit einem Stimmenanteil von 50 Prozent bleiben die Sozialdemokraten bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz unter den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen unangefochtene Nummer eins. Mit einem Minus von sechs Prozent sind die Verluste in dieser Wählergruppe gegenüber 2006 geringer als unter allen WählerInnen (- 9,9 %).

Unterdurchschnittlich sind mit einem Plus von sieben Prozent die Gewinne der Grünen (alle WählerInnen: + 10,8 %). Nur sechs Prozent der gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen wählten die Grünen.

### Gewerkschafter: SPD bleibt vorn

Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg vom 27. März 2011 (in Prozent)



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2011 / Landeswahlleiterin Baden-Württemberg

### Gewerkschaftsmitglieder\*:



\*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)  
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

### Grüne gewinnen vor allem bei Gewerkschaftsfrauen

Stimmenanteile von Gewerkschaftsmitgliedern\* bei der Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg nach Geschlecht und Arbeitnehmerstatus (in Prozent)



\*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)  
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

### Gewerkschafter: Absolute Mehrheit für die SPD

Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz vom 27. März 2011 (in Prozent)



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2011 / Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz

### Gewerkschaftsmitglieder\*:



\*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)  
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

### Wenig Zuspruch für Grüne bei ArbeiterInnen

Stimmenanteile von Gewerkschaftsmitgliedern\* bei der Landtagswahl 2011 in Rheinland-Pfalz nach Geschlecht und Arbeitnehmerstatus (in Prozent)



\*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)  
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Euro-Plus-Pakt

## Sozialdumping als Modell für Europa

Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben nichts aus der Krise gelernt. So lautet auf den Punkt gebracht die gewerkschaftliche Analyse des „Euro-Plus-Paktes“, der auf dem Europagipfel vom 24./25. März beschlossen wurde.

Nur der Name hat sich geändert – nicht der Inhalt und auch nicht die Kritik der Gewerkschaften: Aus dem „Pakt für den Euro“ wurde der „Euro-Plus-Pakt“, weil auch sechs Nicht-Euroländer beigetreten sind. Die Gewerkschaften kri-

tisieren vor allem, dass der Pakt den Mitgliedstaaten einen rigiden Sparkurs zulasten der ArbeitnehmerInnen verordnet, die Tarifautonomie de facto aushebelt und alle Sozialleistungen auf den Prüfstand stellt (einblick 6/11). Er sei „ein

Frontalangriff“ auf die Rechte der ArbeitnehmerInnen in Europa, sagt DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Zwar enthalte er einige wenige „längst überfällige Schritte“, heißt es in der DGB-Stellungnahme, wie etwa die Schaffung eines permanenten Krisenfonds. Aber ohne die wirksame Regulierung der Finanzmärkte „helfen all diese Maßnahmen mittel- und langfristig nicht“, so der DGB. •

### ? ...nachgefragt

einblick fragte französische Gewerkschaftsführer, was sie vor allem am Euro-Plus-Pakt kritisieren und wie es nun weitergehen soll, nachdem der Pakt von den Staats- und Regierungschefs der Euroländer beschlossen wurde.

**Marcel Grignard (CFDT):** „Der Pakt zeichnet sich vor allem durch ein sehr großes Ungleichgewicht aus. Es fehlen Maßnahmen, die wirklich die Dynamik der europäischen Wirtschaft befördern und damit die Beschäftigungssituation verbessern. Auch die soziale Entwicklung der EU bleibt außen vor. Doch nur wenn es gelingt, die soziale Dimension der europäischen Integration wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken, hat Europa eine Zukunft und Akzeptanz bei den Bürgern.“

**Frédéric Imbrecht (CGT):** „Bisher hatte die EU keine Kompetenzen in der Sozialpolitik. Die Verantwortung etwa für die Renten- oder die Lohnpolitik lag in der Hand der einzelnen Staaten. Dass es jetzt den Willen gibt, die Sozialpolitik in Europa zu koordinieren und zu harmonisieren, weist aus Sicht der Gewerkschaften eigentlich in die richtige Richtung. Doch der rigorose Sparkurs, den der Pakt von den Ländern fordert, ist völlig falsch – er geht einseitig zu Lasten der ArbeitnehmerInnen.“

**Marc-Antoine Marcantoni (CFTC):** „Die Gewerkschaften werden nicht nachlassen, gegen den unsozialen Kurs der EU zu protestieren. Ein starkes Signal dazu wird vom EGB-Kongress im Mai in Athen ausgehen. Die soziale Integration war immer eher ein ‚Anhängsel‘ der wirtschaftlichen Integration im EU-Binnenmarkt. Seit gut zehn Jahren ist der Ausbau des europäischen Sozialmodells vollends ins Stocken geraten. Dafür gibt es viele Indizien – von der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes bis zu den Beratungen über die EU-Richtlinien zur Arbeitszeit oder zu den Eurobetriebsräten. Vom EGB-Kongress



Foto: Plegsa/DGB

Auf gemeinsamen Pressekonferenzen in Paris und Berlin bekräftigten führende deutsche und französische GewerkschafterInnen ihre Forderung nach einem politischen Kurswechsel für ein faires und gerechtes Europa. Auf dem Foto (v.l.n.r.): Frédéric Imbrecht (CGT), Marcel Grignard (CFDT), Marc-Antoine Marcantoni (CFTC), Annelie Buntenbach (DGB-Vorstand), Luc Béritte (UNSA).

in Athen erwarte ich, dass wir gemeinsam ein Aktionsprogramm für ein soziales Europa beschließen.“

**Luc Béritte (UNSA):** „Wir sehen den Pakt sehr kritisch – nicht nur wegen seiner politischen Ausrichtung, sondern auch wegen der Art und Weise, wie er beschlossen wurde. Das Europäische Parlament wurde genauso wie die nationalen Parlamente mehr oder weniger übergangen. Obwohl Eingriffe in die Tarifautonomie geplant sind, hat es keinen Dialog mit den Tarif- und Sozialpartnern gegeben. Europäische Entscheidungen mit solcher Tragweite müssen auch diejenigen einbeziehen, die es betrifft: die ArbeitnehmerInnen in Europa. Nur so kann verhindert werden, dass deren Distanz zu Europa weiter wächst.“

## Der Protest geht weiter

Europaweit haben die europäischen Gewerkschaften vom letzten Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs mit Demonstrationen und Protestaktionen ihre Ablehnung der inhaltlichen Ausrichtung des „Paktes für den Euro“ deutlich gemacht. Mit einer europaweiten Demonstration anlässlich eines Treffens der EU-Wirtschafts- und Finanzminister setzen sie ihre Proteste am 9. April in Budapest fort. Auch die deutschen Gewerkschaften sind mit einer Delegation, angeführt von DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, auf der Demonstration vertreten, zu der der EGB ([www.etuc.org](http://www.etuc.org)) gemeinsam mit den ungarischen Gewerkschaften aufgerufen hat. Auf dem EGB-Kongress vom 16. bis 19. Mai in Athen werden die Gewerkschaften über ihre weitere Strategie beraten.



### Im Internet

[www.dgb.de/lqMA](http://www.dgb.de/lqMA)

Die gemeinsame Erklärung der deutschen und französischen Gewerkschaften zum Kurs der EU und weitere Infos zu den europäischen Initiativen der Gewerkschaften auf der DGB-Internetseite

### Hintergrund

[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

„Pakt der ökonomischen Unvernunft und sozialen Kälte“ – Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes zum Euro-Plus-Pakt

## Bildungspaket

### Nachzahlungen sichern

Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS) ruft Hartz-IV-BezieherInnen und Eltern aus einkommensschwachen Haushalten auf, sich rückwirkend für Januar bis März die Leistungen aus dem so genannten Bildungspaket zu sichern. Kritik übte die KOS am Bundesarbeitsministerium (BMAS). Das BMAS hatte behauptet, für rückwirkende Nachzahlungen müssten gesonderte Nachweise erbracht werden. Das ist laut KOS nicht der Fall. Die

Nachzahlungen seien „glasklar und eindeutig“ im Ende März veröffentlichten Gesetz geregelt, Nachweise seien nicht erforderlich.

Leistungen aus dem Bildungspaket können Eltern für ihre Kinder beantragen, wenn sie Hartz IV, Wohngeld, den Kinderzuschlag oder Sozialhilfe beziehen. Insgesamt geht es um einen dreistelligen Betrag – für einkommensschwache Familien „richtig viel Geld“, betont die KOS. Bei den Anträgen ist Eile geboten: Hartz-IV- und Sozialhilfe-BezieherInnen müssen bis spätestens 30. April einen Antrag auf Nachzahlung stellen, Bezieher von Wohngeld oder Kinderzuschlag spätestens bis zum 31. Mai. ●

### Leistungen für Kinder beantragen

Leistungen, die BezieherInnen von Hartz IV, Wohngeld, Kinderzuschlag oder Sozialhilfe für jedes ihrer Kinder rückwirkend für Januar bis März 2011 beantragen können

**Mittagessenszuschuss\*** 78 Euro  
**Zuschuss für Vereine/Musikunterricht** 30 Euro  
**Schul- und Kita-Ausflüge** Geld wird erstattet  
**Fahrkarten für den Schulweg** Geld wird erstattet\*\*

\*Essen in Kitas, Horts, Schulen \*\*wenn es nicht zugemutet werden kann, die Kosten selbst zu tragen  
 Quelle: Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen

**Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS) erklärt auf ihrer Website, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit rückwirkend Leistungen aus dem Bildungspaket beantragt werden können und wo die Anträge jeweils einzureichen sind.**

[www.einblick.dgb.dellinks](http://www.einblick.dgb.dellinks)

## Clean Clothes Campaign

### Hess Natur retten

Die Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) plant gemeinsam mit anderen Verbänden die Gründung einer Genossenschaft, die den öko-fairen Textilhersteller Hess Natur übernehmen soll. So will das Bündnis gemeinsam mit dem Hess-Natur-Betriebsrat verhindern, dass der Private-Equity-Fonds Carlyle wie beabsichtigt Hess Natur übernimmt. Die Carlyle-Fonds investieren unter anderem auch in diverse Rüstungsgeschäfte. Über die Genossenschaft sollen Beschäftigte und Kunden von Hess Natur das

Unternehmen selbst übernehmen und weiterführen. ●

*Infos zur Genossenschaftsgründung:  
[www.hnGeno.de](http://www.hnGeno.de)*

## Big Brother Award 2011

### Moderner Vampirismus

Anfang April hat der Verein FoeBud zum inzwischen zwölften Mal seine BigBrotherAwards, die „Oscars für Datenkraken“, verliehen. Mit dem Preis werden Unternehmen und Behörden „ausgezeichnet“, die in besonders fraprierender Weise Datenschutz missachten. Preisträger in der Kategorie „Arbeitswelt“ sind in diesem Jahr alle

Unternehmen, die von BewerberInnen bei der Einstellungsuntersuchung Blutproben verlangen. Stellvertretend für alle Firmen, die so verfahren, erhielt die Daimler AG den Award. Dort wurde bis Ende 2009 diese „Form des modernen Vampirismus“ praktiziert, wie es in der Jurybegründung von FoeBud heißt.

Den Award in der Kategorie Politik erhielt Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU). Schünemann war für den ersten nachgewiesenen Einsatz einer Mini-Drohne verantwortlich, mit der heimlich Anti-Castor-DemonstrantInnen im Wendland ausgespäht wurden. ●

[www.bigbrotherawards.de/2011](http://www.bigbrotherawards.de/2011)

## Otto-Brenner-Preis

### Jetzt bewerben

Die Otto-Brenner-Stiftung lobt auch in diesem Jahr wieder den Otto-Brenner-Preis für kritischen Journalismus unter dem Motto „Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten“ aus. Vergeben werden drei Otto-Brenner-Preise (1. bis 3. Platz), ein Newcomer-Preis, ein Medienprojektpreis ein Brenner-Preis „Spezial“ für Leitartikel, Kommentare oder Essays sowie drei Recherche-Stipendien. Bewerbungen und Nominierungen können bis zum 15. August 2011 eingereicht werden. ●

[www.otto-brenner-preis.de](http://www.otto-brenner-preis.de)

## interregio

●●● Der **DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg** ist Kooperationspartner der vom Land Berlin gestarteten **Internetplattform** „Dienstleistungsmetropole Berlin“. Die Website soll alle relevanten Informationen zum Thema „Gute Arbeit im Dienstleistungssektor“ bündeln. Ein erster thematischer Schwerpunkt ist die Berliner Landesinitiative „Gute Arbeit in der Pflege“. Im Rahmen der Initiative

will der Berliner Senat gemeinsam mit Gewerkschaften, der Bundesagentur für Arbeit, Krankenkassen und weiteren Verbänden für bessere Ausbildungs-, Arbeits- und Einkommensbedingungen in der Pflegebranche sorgen.

[www.dienstleistungsmetropole-berlin.de](http://www.dienstleistungsmetropole-berlin.de)

●●● Die **DGB-Region Ostachsen** verleiht am 14. April zum zweiten Mal den Ostsächsischen **Mitbestimmungspreis**. Die

Auszeichnung geht an besonders engagierte Betriebs- und Personalräte. In diesem Jahr werden Gremien geehrt, die sich beispielhaft „um die Bewältigung von Krisen und die Erhaltung und Schaffung von vollwertigen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen“ verdient gemacht haben. [www.einblick.dgb.dellinks](http://www.einblick.dgb.dellinks)

●●● Das „Baltic Sea Labour Network“ (BSLN), in dem der **DGB-Bezirk Nord** mitarbeitet, hat

beschlossen, ein **„Forum für den Sozialen Dialog“** in der Ostseeregion zu gründen. Im Forum wollen Gewerkschaften, Arbeitgeber und PolitikerInnen der Ostseeanrainerstaaten gemeinsam die Wettbewerbsfähigkeit der Region fördern, für die Einhaltung von Tarifverträgen sorgen sowie Bildungs- und Weiterbildungsangebote gestalten.

[www.einblick.dgb.dellinks](http://www.einblick.dgb.dellinks)

# GEWERKSCHAFTEN

Studierende und Gewerkschaften

## Den Campus entern

*Studierende und Gewerkschaften – das war lange Zeit ein eher kühles Verhältnis. Doch mit viel Engagement an den Unis und Fachhochschulen haben die Gewerkschaften im vergangenen Jahr viele neue Mitglieder werben können. Einblick stellt einige Projekte und Initiativen vor.*

Die Zahlen stimmen optimistisch – Ende März konnte der DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf die aktuellen Mitgliederzahlen der DGB-Jugend für den Bereich Studierende vorstellen. Demnach sind innerhalb eines Jahres rund 1000 neue Studierende Mitglied in einer DGB-Gewerkschaft geworden. Das entspricht einem Zuwachs von drei Prozent auf mehr als 33 000 Studentinnen und Studenten. „Die DGB-Jugend wächst zu einem großen Studierendenverband in Deutschland heran. Das ist ein Erfolg unserer Arbeit der letzten Jahre an den Hochschulen“, betont Rudolf. Gerade in Zeiten schlechter Studienbedingungen durch unterfinanzierte Hochschulen und Elitenbildung sei eine starke Interessenvertretung für Studierende wichtiger denn je.

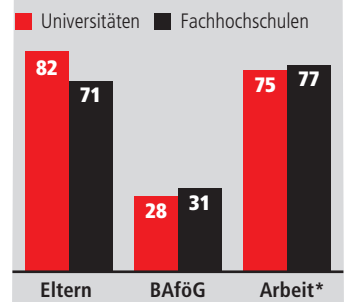
Seit 2003 haben der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unter dem Label „students at work“ die gewerkschaftliche Präsenz an Unis und Fachhochschulen ausgebaut. Zurzeit gibt es bundesweit an über 50 Hochschulen gewerkschaftliche Aktivitäten und Angebote. Ein Schwerpunkt der Arbeit ist die Beratung studentischer JobberInnen – und das aus gutem Grund. Zahlen des 11. Studierenden surveys für 2010 (siehe Grafik) belegen, dass 75 Prozent aller Studierenden an Universitäten und 77 Prozent an Fachhochschulen neben dem Studium arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Mit anderen Worten: Ein Großteil der Studierenden ist heute bereits während des Studiums in der Arbeitswelt unterwegs.

Mit großem Erfolg organisiert beispielsweise die IG Metall eine spezielle Gruppe von arbeitenden StudentInnen – angehende Ingeni-

eurInnen, die als Werksstudierende einen großen Teil ihrer Zeit im Betrieb arbeiten. Mit dem Hochschulinformationsbüro der IG Metall (HiB) ist die Gewerkschaft ganz

### Drei Viertel sind Arbeitnehmer

Finanzierungsquellen von Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen im Jahr 2010 (in Prozent)



\*Zusammenfassung von Arbeit im Semester und in den Semesterferien

Quelle: Studierenden survey 1983 – 2010, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

**Nur ein Viertel aller Studierenden kann sich ausschließlich auf das Studium konzentrieren. Ein Großteil kann sich zwar auf eine Teilfinanzierung durch die Eltern verlassen – doch drei Viertel müssen neben dem Studium trotzdem arbeiten. Das BAföG spielt nur für 30 Prozent der Studierenden eine Rolle.**

nah dran an der Studien- und Arbeitsrealität angehender Ingenieurinnen und Ingenieure. Die IG Metall bietet unter anderem ein umfassendes Angebot an Broschüren und Seminaren, die eigene Zeitung *Die Schnittstelle* und Angebote im Internet, um die Berufsgruppe zu betreuen. Für BerufseinsteigerInnen gibt es zum Ende des Studiums passgenau zugeschnittene Tipps und Infos – auch online auf der Internetseite des HiB ([www.hochschulinformationsbuero.de](http://www.hochschulinformationsbuero.de)). Für Werksstudenten großer Unternehmen wie Siemens oder VW

gibt es außerdem spezielle unternehmensbezogene Seminare und Themenbroschüren. Das HiB bietet allerdings auch umfassende allgemeine Infos zu den Themen BAföG, Nebenjobs und Hochschulpolitik.

Auch die IG BCE engagiert sich für Studierende in dualen Studiengängen. Die IG BCE-Bundesjugendsekretärin Katy Hübner erklärt: „Gerade dieser Bereich ist in den letzten gut anderthalb Jahren explodiert. Das müssen wir als Gewerkschaften aufgreifen und uns verstärkt um die Themen der dual Studierenden kümmern.“ Darum startet die IG BCE-Jugend das Projekt mit dem Namen „Junge Kompetenz“. Ziel ist es, die angehenden ChemikerInnen, ElektrotechnikerInnen und IngenieurInnen zu beraten und zu organisieren. „Das Potenzial für eine erfolgreiche gewerkschaftliche Betätigung ist in diesem boomenden akademischen Bereich groß“, betont Hübner. Das Projekt soll dieses Jahr starten und sich neben den dual Studierenden auch um Ausgelernte und junge Erwachsene kümmern.

Um die gewerkschaftlichen Aktivitäten auf dem Campus weiterzuentwickeln, hat die DGB-Gewerkschaftsjugend die Aktivitäten der vergangenen Jahre ausgewertet. Eine Toolbox bereitet alle Bestandteile des gewerkschaftlichen Campus-Konzepts auf. Unter anderem sind Leitfäden zur arbeits- und sozialrechtlichen Beratung von Studierenden, Pläne für Campus-Touren, Organizing-Konzepte, Aktionskarten und ein digitales Veranstaltungsportfolio enthalten. René Rudolf erklärt: „Das Konzept soll Studierende auf Gewerkschaften ansprechen und sie in der Durchsetzung ihrer Interessen für ein qualitatives gutes Studium ohne soziale Hürden unterstützen.“ Alle Bestandteile der Toolbox können auf der Internetseite der DGB-Jugend heruntergeladen oder für 4,50 Euro zuzüglich Versandkosten per Post bestellt werden. ●

[www.dgb-jugend.de/studium/mehr\\_infos](http://www.dgb-jugend.de/studium/mehr_infos)

## Gutes Studium

**Das 11. Studierenden survey im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zeigt, dass die Studienbedingungen nur von einem Teil der Studierenden als gut bewertet werden. So klagen 51 Prozent über großen Leistungs- und Zeitdruck. Nicht zuletzt verursacht durch die Umstellung auf die Bachelor- und Masterstudiengänge.**

**Diesem und anderen Hochschulthemen werden sich die Gewerkschaften auch im weiteren Verlauf des Jahres annehmen. Am 14. April legt die GEW ein Rechtsgutachten zur Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge vor. Am 4. Mai lädt die DGB-Jugend zu einer Pressekonferenz zum Thema „Generation Praktikum“ ein. Am 11. Mai folgt ein „Parlamentarischer Sommerabend“, um Bundestagsabgeordnete mit Praktikanten und prekär beschäftigten Jugendlichen und Studierenden in Kontakt zu bringen.**

**Außerdem werden die Gewerkschaften Ende August das Thema „40 Jahre BAföG“ zum Anlass nehmen, um für eine bessere Studienfinanzierung einzutreten.**



### Hintergrund

[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)  
Termine der DGB-Jugend und das Studierenden survey

## kurz&bündig



**Die IG BCE hat die Bundesregierung aufgefordert, einen Neustart in der Energiepolitik zu ermöglichen. Notwendig sei ein neuer Energiekonsens, der nicht nur einen Ausstieg aus der Kernenergie umfasse, sondern gleichzeitig die Bedeutung zentraler Energieträger für die Zukunft klärt. „Strom muss sicher und gesellschaftlich akzeptabel erzeugt werden“, so die IG BCE.**  
[www.einblick.dgb.dellinks](http://www.einblick.dgb.dellinks)



**Die IG Metall will die gesellschaftliche Debatte über die Zukunftsperspektiven junger Menschen ins Zentrum der Politik rücken. Die junge Generation leide besonders unter unsicheren Lebens- und Arbeitsbedingungen, betont der Erste Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber. Geplant sind öffentliche und betriebliche Aktionen.**



**Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg hat die Bundesregierung aufgefordert, beim Thema Lohndumping und Mindestlöhne endlich die „neoliberalen Regierungskleppern“ abzulegen. Bis zur vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit am 1. Mai bleibe nicht mehr viel Zeit.**



**Die GdP warnt vor einer fortschreitenden Instrumentalisierung des Internets für „feige und hinterhältige“ Mobbing-Attacken. Der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut betont: Es könne nicht sein, dass die Gesellschaft tatenlos zusehe, wie schnell die „virtuelle Verwahrlosung“ voranschreite.**

## GEW

### Kriege bedrohen Bildung

Die GEW warnt vor den massiven Auswirkungen, die bewaffnete Konflikte in Krisenregionen auf Bildungschancen junger Menschen haben. Der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne betont: „Die Angriffe auf Bildungseinrichtungen und auf die Menschen, die in ihnen arbeiten und lernen, stellen eine ernsthafte Verletzung der Menschenrechte dar, insbesondere des Rechts auf Bildung und körperliche Unversehrtheit.“ Der Hintergrund: Der Weltbildungsbericht der UNESCO belegt, dass zwischen 1999 und 2008 in 35 Krisenländern Lehrkräfte, Kinder und Schulen beschossen und als legitimes Ziel betrachtet wurden. Allein in Afghanistan seien 2009 mindestens 613 Schulen angegriffen worden. Im Nordjemen sind 220 Schulen zerstört, beschädigt oder geplündert worden. Dies bedrohe die Ziele des UNESCO-Programms „Education

for all“ (EFA), warnt Thöne, die bis zum Jahr 2015 verwirklicht sein sollen. •  
[www.einblick.dgb.dellinks](http://www.einblick.dgb.dellinks)

## EVG-Grundsatzprogramm

### „Wir machen Politik“

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) ruft ihre Mitglieder auf, sich an den Diskussionen für ein Grundsatzprogramm zu beteiligen. Unter dem Motto „Wir machen Politik“ können alle EVG-GewerkschafterInnen ihre Thesen

zu den Themen soziale Gerechtigkeit, Gute Arbeit, Demokratie und Frieden, junge Generation sowie ökologische Verkehrswende einbringen. Bereits auf dem kleinen Gewerkschaftstag der EVG im November 2011 soll ein erster Entwurf vorgestellt werden. Der erste ordentliche EVG-Gewerkschaftstag im Herbst 2012 soll das Programm dann beschließen. Teilnehmen können die Mitglieder im Internet auf einem eigens eingerichteten Portal oder per Postkarte, die der nächsten Ausgabe der Mitgliederzeitung *imtakt* beiliegt. •  
[www.evg-online.org/wmp](http://www.evg-online.org/wmp)

## Girls' Day 2011

### Mädchen in „Männerjobs“

Der DGB ruft mit anderen Aktionspartnern auch in diesem Jahr zum Girls' Day, dem Mädchen-Zukunftstag, am 14. April auf. Bundesweit bieten vor allem Unternehmen, Verbände, Hochschulen und Forschungszentren mit technischer

Ausrichtung Schülerinnen ab Klasse 5 einen Blick hinter die Kulissen an. Insgesamt stehen rund 120 000 Plätze bereit. Wer bisher noch keinen Platz gefunden hat, kann sich auf [www.girls-day.de](http://www.girls-day.de) informieren. •

## Fragen an



Foto: DGB

**30 Prozent der wahlberechtigten Hessen haben sich per Volksentscheid gegen die Schuldenbremse ausgesprochen. Zu wenig, um zu verhindern, dass die schwarz-gelbe Landesregierung die Schuldenbremse in der Landesverfassung festschreibt. Der DGB Hessen-Thüringen hatte bis zuletzt als Partner der „Plattform Handlungsfähiges Hessen“ gegen die Schuldenbremse gekämpft. Stefan Körzell, Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen, erklärt im *einblick*, wie der DGB nun mit dem Thema umgehen will.**

■ Der DGB hat bis zuletzt gegen die Schuldenbremse

gekämpft. Eine Mehrheit stimmte beim Volksentscheid trotzdem mit „Ja“.

**Woran hat es gelegen?**

■ 30 Prozent der Stimmen gegen die Verfassungsänderung können sich sehen lassen. Der DGB war mit den Plattformpartnern derjenige, der über die Inhalte und Folgen der Schuldenbremse aufgeklärt hat. Uns haben zwei Wochen Zeit gefehlt. Zudem haben die Wohlfahrtsverbände, der Landeselternbeirat, der Mieterbund und andere erst sehr spät zu einem Nein aufgerufen.

■ Was sind die Folgen der Schuldenbremse?

■ Im nächsten Jahr werden 68,3 Millionen Euro im Kulturretat eingespart, bei den Hochschulen sollen

es nochmals 51 Millionen Euro sein. Die Nassauische Heimstätte mit ihren 63 000 erschwinglichen Mietwohnungen soll möglicherweise verkauft werden. Der Finanzminister will bis zum Jahr 2013 beim Land 1200 Stellen einsparen. Somit wird die Schuldenbremse zur Zukunftsbremse und führt zu Sozialabbau.

■ Wie will der DGB in Zukunft mit dem Thema umgehen?

■ Mit unserer Kampagne sind wir anschlussfähig für das, was jetzt kommt. Nun wird es darum gehen, die schlimmsten Auswirkungen zu verhindern. Viele sind dankbar dafür, dass wir zur Aufklärung beigetragen haben. Der Nutzen unserer Kampagne wird sich in Zukunft zeigen. Sie ist nachhaltig, da bin ich mir ganz sicher.

Anti-Gewerkschaftsgesetze in den USA

## Feldzug gegen die Gewerkschaften

*Republikanische Rechtsaußen sind angetreten, um die US-Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen. Doch ihr Feldzug gegen die Gewerkschaften trägt eher zu deren Wiederbelebung bei, beschreibt der US-Gewerkschafter Ron Carver.*

Erst Wisconsin und Indiana – jetzt Ohio, Maine, Florida und andere US-Bundesstaaten: Überall sollen per Gesetz Gewerkschaften kampfunfähig gemacht und Tarifverhandlungsrechte abgeschafft werden. „Wir werden nicht gefragt, welchen Beitrag wir zur Reduzierung des Haushaltsdefizits leisten können“, fasste der Lehrer Courtney Johnson in einem Radiointerview zusammen. „Wir werden mundtot gemacht.“ Erleben wir gerade das Ende der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung? Oder stehen die geprügelten US-Gewerkschaften am Anfang ihrer Wiederbelebung?

**Die Anti-Gewerkschafts-Offensive hat sich schon lange angekündigt.** Sie ist kein, wie einige Kommentatoren behaupten, spontanes Aufbäumen der auf Krawall gebürsteten „Tea Party“-Bewegung. Die Offensive ist vielmehr von einigen ultra-konservativen Politikern und rechten Think Tanks langfristig strategisch angelegt – finanziell unterstützt von Bier-Baron Joseph Coors, dem Verleger Rupert Murdoch und Richard Mellon, Erbe eines Banken- und Ölimperiums. Schon vor einem halben Jahrhundert haben konservative Regierungen damit begonnen, die Steuerlast von den Unternehmen und Wohlhabenden auf die Mittelschicht zu verlagern, um dort eine breit angelegte Steuer-Revolte zu provozieren. Sie wollen die Bundesregierung finanziell austrocknen, die Pensionskassen der öffentlichen Angestellten in den Bankrott treiben, öffentliche Dienstleistungen privatisieren, die noch verbliebenen Leistungen für öffentliche Angestellte abschaffen und ihre Gewerkschaften schwächen. Und genau das haben sie getan. Damit ist auch die Demokratische Partei unter Druck geraten – und hat nur noch wenige arbeitsrechtliche oder umweltfreundliche Regelungen übrig gelassen, die Unternehmen im Wege stehen könnten.

**Wie konnte die Rechte all die Jahre so erfolgreich sein? Der Kern des Problems ist die Gewerkschaftsbewegung selbst.** Sie hat sich in den vergangenen Jahren zu sehr darauf konzentriert, Wähler zu mobilisieren statt sie politisch aufzuklären. Wir Gewerkschaften haben gute Tarifpolitik für unsere Mitglieder gemacht. Aber wir haben nicht erklärt, was das Hauptziel der politi-

schen Rechten ist: die Uhr zurückzudrehen, zurück in eine Zeit, in der ArbeitnehmerInnen immer das kleinste Stück vom Kuchen bekommen haben. Als die Wirtschaftskrise im vergangenen Jahr viele Gewerkschaftsmitglieder traf, erfüllte sie das mit Angst, und sie halfen mit, eine neue Truppe rechter Politiker ins Amt zu heben. **Die politische Rechte überbietet sich nun gegenseitig bei der Abschaffung von Arbeitnehmerrechten – und könnte damit letztlich über das Ziel hinausschießen.**

In einem Radio-Interview gab Dwight Landis, pensionierter Angestellter einer Stadtverwaltung, zu, für die Republikaner gestimmt zu haben. Ihm ha-



**Ron Carver war bis 2010 Gewerkschaftssekretär der US-Transportarbeitergewerkschaft Teamsters und hat dort die Abteilung für strategische Kampagnen aufgebaut. Seitdem er im Ruhestand ist, berät er Organisationen für Menschen- und Arbeitnehmerrechte.**

be die Idee gefallen, „unsere Finanzen wieder in Ordnung zu bringen“. Aber der Gouverneur sei zu weit gegangen, so Landis. „Es sollte nicht in Raub ausarten.“

Auf den Feldzug der Rechten reagiert die Gewerkschaftsbewegung mit Kreativität, Entschlossenheit und Kampfgeist. Vielleicht inspiriert von dem Mut und der Hartnäckigkeit ägyptischer und tunesischer Demonstranten, gingen in den letzten Wochen Gewerkschaftsmitglieder und Studierende Tag für Tag zu Tausenden auf die Straße. Auf der März-Vorstandssitzung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO herrschte denn auch so etwas wie ernsthafte Aufbruchsstimmung. Randi Weingarten, Vorsitzende der Lehrer-Gewerkschaft, warnte, man müsse sich auf kurzfristige Angriffe und einen lang anhaltenden Kampf einstellen. Der Vorsitzende der Stahlarbeiter-Gewerkschaft Leo Gerard versetzte die Runde in Hochstimmung, als er berichtete, seine Gewerkschaft habe in den zurückliegenden drei Tagen mehr Mitgliedsanträge bekommen, als in den zwölf Monaten davor. **Die Angriffe der Rechten sind auch eine Chance für die Gewerkschaften.** Dass sie unter dem Motto „Arbeitnehmerrechte sind Menschenrechte“ auf die Straße gehen, lässt wieder mehr Amerikaner den Wert kollektiver Tarifverhandlungen erkennen. Und sie werden Teil einer Gewerkschaftsbewegung werden wollen, die für ihre Rechte aufsteht. ●

## US-weite Proteste

*Wisconsin sollte erst der Anfang sein: Wie die „New York Times“ berichtete, entsandte Milliardär David Koch bereits kurz nach dem Wahlsieg des republikanischen Gouverneurs Scott Walker im November 2010 die Geschäftsführung seines*

*Unternehmens nach Wisconsin, um Walker zu einer Kampfansage gegen die Gewerkschaften zu drängen.*

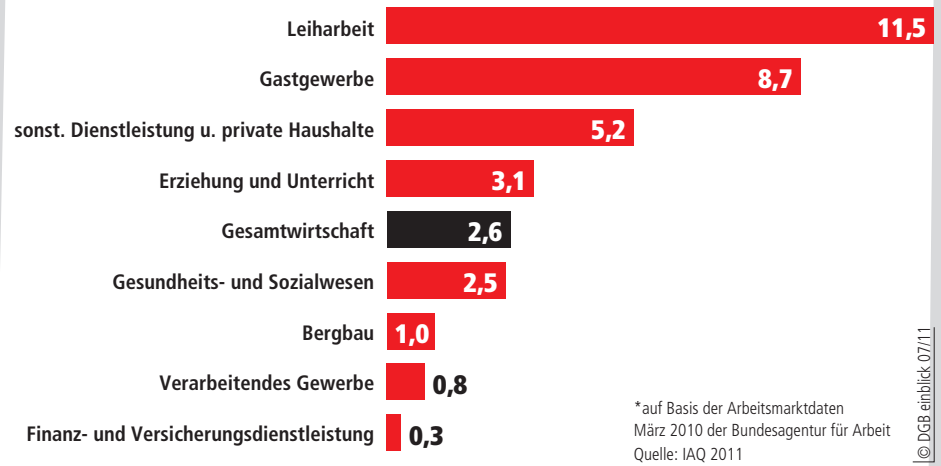
*Die ließ nicht lange auf sich warten: Im Rahmen eines Sparpakets zur Sanierung des maroden Haushaltes sollten die Tarifrechte der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst massiv eingeschränkt werden. Ungeachtet aller Proteste und mit rechtlich bedenklichen Verfahrenstricks hat Walker sein Anti-Gewerkschaftsgesetz am 9. März im Senat von Wisconsin durchgedrückt. Ähnliche Initiativen gibt es auch in anderen Bundesstaaten.*

*Auch nach der Verabschiedung reißen die Proteste nicht ab. Zigtausende US-Amerikaner beteiligten sich am 4. April, dem Jahrestag der Ermordung des Bürgerrechtlers Martin Luther King, an den über tausend Veranstaltungen des USA-weiten Aktionstages der amerikanischen Gewerkschaften. Die öffentliche Meinung gibt ihnen recht: Laut einer repräsentativen Umfrage lehnen 60 Prozent der US-BürgerInnen die Aushebelung der kollektiven Tarifverhandlungsrechte ab.*

### LEIHARBEIT: Elf Prozent stocken auf

Im März 2010 mussten 11,5 Prozent aller LeiharbeiterInnen ihren Lohn mit ALG II aufstocken. Das belegt eine Analyse des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ). Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit lagen die Kosten für aufstockende Leistungen an LeiharbeiterInnen bei 531 Millionen Euro. Durch den Boom der Niedriglohnbeschäftigung sei es zu einem „partiellen Funktionswandel dieser aufstockenden Leistungen gekommen“. Eine Folge: geringe Ansprüche bei der Rente und ALG I, so das IAQ.

Anteil von ALG II-Aufstockern an allen sozialversicherten Personen der jeweiligen Branche (in Prozent)\*



### personalien

••• **Klaus Harbers**, 40, Politik- und Kommunikationswissenschaftler, ist seit 1. April neuer Pressesprecher beim DGB-Bundesvorstand. Bisher arbeitete Harbers als PR-Berater bei der Agentur „Zum goldenen Hirschen“, und von 1998 bis 2005 war er Mitarbeiter der SPD-Bundestagsabgeordneten Angelika Mertens.

••• Der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN hat im März seinen langjährigen Bundesgeschäftsführer **Theo W. Länge**, 66, verabschiedet. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende und Präsidentin des Bundesarbeitskreises Ingrid Sehbrock würdigte besonders Länges

„Anstöße für beständige Innovation in der Weiterbildung und der politischen Bildung“. Länge hatte die Geschäftsführung 20 Jahre inne. Seine Nachfolgerin hatte der Vorstand des Bundesarbeitskreises bereits im Mai 2010 ernannt: **Barbara Menke**, 49, seit 1994 in der Bundesgeschäftsstelle tätig, hat zum Jahreswechsel 2010/2011 die Geschäftsführung übernommen.

### 14 TAGE

mehr Infos: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

**11.4.** DGB Sachsen, Fachkonferenz „Für einen attraktiven

öffentlichen Dienst in Sachsen“, Dresden

**13.4.** DGB Thüringen, Diskussion „Soziale Frage und Gewerkschaften 1989/90 und 2011“, Erfurt

**14./15.4.** Otto-Brenner-Stiftung, 12. Internationale Konferenz, Kattowitz/Polen

**14.4.** Aktionstag, Girls' Day – Mädchen Zukunftstag

**14.4.** IQ-Consult gGmbH, Regionaltagung West „Weiterbildung für, von und mit Menschen mit Migrationshintergrund“, Dortmund

**14.4.** DGB-Region Ost-sachsen, Preis „Verleihung des 2. Ostsächsischen Mitbestimmungspreises“, Bautzen

**15./16.4.** GEW, Workshop „Bildung statt Kinderarbeit – Vorstellung der GEW-Initiative und

Möglichkeiten zur Mitarbeit für „Junge Alte“, Fulda

**15.-17.4.** Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Globalisierung und Soziale Demokratie“, Berlin

**15.-17.4.** IG Metall, Forum politische Bildung 2011 „Kurswechsel für ein gutes Leben“, Schliersee

**22.4.** Beginn der Ostermärsche

**25.4.** IG Metall Unterelbe und andere, Aktionstag, Anti-Atomdemonstrationen in Norddeutschland, Brunsbüttel und Krümmel

**26.4.** 25 Jahre Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl

**28.4.** DGB Sachsen, DGB Berlin-Brandenburg, Konferenz „Arbeit darf nicht krank machen: physischen und psychischen Schäden vorbeugen!“, Dresden

### IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de), E-Mail: [redaktion@einblick.info](mailto:redaktion@einblick.info) **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: [bettina.muettel@berlin.de](mailto:bettina.muettel@berlin.de) **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

### Schlusspunkt.

„Es ist besser, wenn jemand von innen aus dem Zelt rauspinkelt, als wenn er von draußen reinpinkelt.“

Klaus Töpfer, Vorsitzender der von Kanzlerin Angela Merkel einberufenen Ethik-Kommission zur Atomkraft, laut „Spiegel“ 13/2011 vom 28. März 2011



**Stasi-Mitarbeit****Keine Entschädigung für Haft in DDR**

Ein ehemaliger politischer Gefangener der DDR, der nach seiner Haft als inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Stasi freiwillig Berichte über Ausreisewillige abgegeben hat, kann keine Entschädigungsleistungen beanspruchen.

**Der Fall:** Der ehemalige DDR-Bürger wurde wegen versuchter landesverräterischer Nachrichtenübermittlung, ungesetzlicher Verbindungsaufnahme und Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit in einem schweren Fall zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Haftentlassung 1988 und Einreise in das Bundesgebiet wurde er als ehemaliger politischer Häftling anerkannt und erhielt Entschädigungszahlungen. Im Rahmen der Bearbeitung seines Antrages auf Opferpension wurde festgestellt, dass der Kläger während und nach der Haft als IM tätig war. Daraufhin entzog die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion ihm die Anerkennung als politischer Häftling und forderte die Entschädigung von rund 7.500 Euro zurück. Die Klage dagegen hatte keinen Erfolg.

**Das Oberverwaltungsgericht:** Der Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling und der Gewährung von Entschädigung steht seine inoffizielle Mitarbeit bei der Stasi entgegen. Zwar kann zu Gunsten des Klägers bei der Abgabe der Verpflichtungserklärungen eine Zwangslage unterstellt werden. Jedoch hat der Kläger nach der Haftentlassung, ohne besondere Repressalien fürchten zu müssen, über eine Familie berichtet, die einen Besuch in der Bundesrepublik haben nutzen wollen, um nicht mehr zurückzukehren. Durch diese freiwillige IM-Tätigkeit hat er Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit verletzt. Deshalb hat er weder als politischer Häftling anerkannt werden noch Entschädigungsleistungen für seine Haft beanspruchen können.

**Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,  
Beschluss vom 11. März 2011 - 7 A 11442/10.OVG**

**Hartz IV****Keine zwei Zimmer für zwei Kinder**

Zwei Kleinkinder haben keinen Anspruch auf getrennte Kinderzimmer.

**Der Fall:** Die Bezieher von Hartz-IV-Leistungen mit zwei Kindern im Alter von vier und fast zwei Jahren beantragten die Zustimmung zum Umzug von einer 80 qm- in eine 89 qm große (teurere) Vier-Zimmer-Wohnung. Die Kinder hätten unterschiedliche Schlafrhythmen, das kleinere schreie nachts häufig. Die Behörde lehnte die Zustimmung ab. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

**Das Landessozialgericht:** Grundsätzlich sind zwar die angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung zu übernehmen. Der Grundsatz gilt jedoch mit der Einschränkung, dass bei einem nicht erforderlichen Umzug nur die bisherigen Kosten übernommen werden, wenn sich die Kosten der Unterkunft infolge des Umzuges erhöhen. Ein Umzug ist erforderlich, wenn ein plausibler, nachvollziehbarer und verständlicher Grund vorliegt. Die derzeitige Wohnung der Antragsteller ist nicht wesentlich zu klein. Jede Familie mit zwei Kindern in diesem Alter habe derartige Umstände zu bewältigen. Dass auch kleine Kinder Anspruch auf eigenen Wohnraum haben, bedeute nicht, dass jedes Kind ein eigenes Zimmer beanspruchen kann. Ob ein eigenes Zimmer benötigt wird, hängt von den Umständen des Einzelfalls ab.

**Sächsisches Landessozialgericht,  
Beschluss vom 4. März 2011 - L 7 AS 753/10 B ER**

**Eingetragene Lebenspartnerschaft****Familienzuschlag für Beamte**

In Hessen steht Beamten und Beamtinnen, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, seit dem 1. Juli 2009 ein Anspruch auf Familienzuschlag der Stufe 1 zu.

**Verwaltungsgericht Gießen,  
Urteil vom 1. Februar 2011 – 5 K 1336/09.GI**

**Leiharbeit****Kein Kurzarbeitergeld**

Arbeitnehmer haben Anspruch auf Kurzarbeitergeld bei erheblichem Arbeitsausfall. Dies gilt nicht, wenn der Arbeitsausfall branchenüblich und damit vermeidbar ist. Davon ist auszugehen, wenn Leiharbeitnehmer nicht beschäftigt werden können. Denn auch dann haben sie Anspruch auf Lohn.

**Hessisches Landessozialgericht,  
Urteil vom 18. März 2011 - L 7 AL 21/08**

**Diskriminierung****Schlichter Fehler spricht nicht dafür**

Behauptet ein/e Arbeitnehmer/in, wegen der Rasse oder ethnischen Herkunft benachteiligt worden zu sein, so genügt es, dass er/sie Tatsachen vorträgt, aus denen sich nach allgemeiner Lebenserfahrung eine überwiegende Wahrscheinlichkeit für eine solche Benachteiligung ergibt. Dann muss der Arbeitgeber nachweisen, dass keine Benachteiligung vorliegt. Die Verwechslung in der Anrede im Ablehnungsschreiben einer Bewerbung lässt keine Benachteiligung wegen der Rasse oder der ethnischen Herkunft vermuten. Es kann auch ein schlichter Fehler sein.

**Arbeitsgericht Düsseldorf,  
Urteil vom 9. März 2011 – 14 Ca 908/11**

**Freiheitsstrafe****Kann Kündigung mit sich bringen**

Die Verbüßung einer mehrjährigen Freiheitsstrafe ist grundsätzlich geeignet, die ordentliche Kündigung des Arbeitsverhältnisses zu rechtfertigen. Das gilt auch, wenn die Taten keinen Bezug zum Arbeitsverhältnis haben. Bei einer Freiheitsstrafe von über zwei Jahren ist es dem Arbeitgeber nicht zumutbar, an dem Arbeitsverhältnis festzuhalten. Er kann den Arbeitsplatz dauerhaft neu besetzen.

**Bundesarbeitsgericht,  
Urteil vom 24. März 2011 - 2 AZR 790/09**

**Freistellung ohne Lohn****Als einseitige Maßnahme unzulässig**

Der Arbeitgeber ist nicht berechtigt, einen Arbeitnehmer einseitig ohne Fortzahlung der Bezüge freizustellen, weil dieser sich weigert, die Verpflichtungserklärung zu IT-Sicherheitsrichtlinie und Datenschutzbestimmungen zu unterzeichnen.

**Hessisches Landesarbeitsgericht,  
Urteil vom 24. Januar 2011 - 16 Sa 1041/10**